

Wie arm macht Corona?

Einkommensverteilung. Die Corona-Pandemie hat spürbare Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in Deutschland. Eine neue IW-Studie belegt aber, dass die Einkommensverteilung dank des Sozialstaats weitgehend stabil geblieben ist, die Ungleichheit durch die Krise also nicht zugenommen hat. Gleichwohl fordert Steuerexperte Martin Beznoska, Co-Autor der Studie, dass die Treffsicherheit der staatlichen Maßnahmen erhöht werden muss.

—> [Seiten 2-5](#)

IW-Konjunkturprognose

Rund 4 Prozent Wachstum sind im kommenden Jahr für Deutschland möglich. Voraussetzung ist allerdings, dass die Welt die Pandemie in den Griff bekommt.

—> [Seiten 6-7](#)

Tarifpolitik

Ungeachtet der Corona-Krise fordert die IG Metall in der aktuellen Tarifrunde mehr Geld. Die Arbeitgeber wollen zuvorderst die Beschäftigung sichern.

—> [Seiten 8-9](#)

Sozialstaat dämpft Krisenverluste

Einkommensverteilung. Die Corona-Pandemie und die staatlich verordneten Lockdown-Maßnahmen zur Virus-Eindämmung treffen Wirtschaft und Gesellschaft hart. Wie sich das auf die Einkommensverteilung in Deutschland auswirkt, untersucht eine neue IW-Studie – und liefert teils überraschende Ergebnisse.

In guten Zeiten für schlechte vorsorgen: Die Devise ist uralt – und Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren daran gehalten. Das Ende der guten Jahre kündigte sich zwar schon vor der Pandemie an, mit Corona schlugen sie dann aber abrupt in magere Zeiten um: Erst zum Jahresende 2021 wird laut IW-Konjunkturprognose wieder das Vorkrisenniveau erreicht (siehe Seiten 6–7).

Deshalb ist es gut, dass die Bundesregierung die vergangenen Jahre – auch dank der viel diskutierten schwarzen Null – genutzt hat, um die Staatsschulden zu reduzieren. Die derzeit historisch niedrigen Zinsen auf Staatsanleihen tragen ebenfalls dazu bei, dass die Politik heute bei ihren Maßnahmen gegen die Krise finanziell aus dem Vollen schöpfen kann. Dass sie dabei teilweise über das Ziel hinauschießt, ist angesichts der völlig neuen Situation zu verschmerzen – so es denn nicht zum Dauerzustand wird.

Momentan geht es vor allem darum zu verhindern, dass Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren, in Armut abrutschen und Existenzängste um

sich greifen. Denn schon während des ersten Lockdowns im März und April wurde von verschiedenen Seiten befürchtet, dass die Krise die Ungleichheit in Deutschland deutlich negativ beeinflussen könnte.

Der Frage, inwiefern das bislang wirklich geschehen ist, ist das IW in einer Studie nachgegangen. Dafür hat das Institut zum einen im August mehr als 1.200 Personen befragt, zum anderen wurden die Ergebnisse mit Haushaltsbefragungsdaten des Sozio-oekonomischen Panels kombiniert. Mithilfe des Mikrosimulationsmodells IW-STATS wurden Steuern, Abgaben und Transferleistungen berechnet und die Verteilung der verfügbaren Einkommen unter Einbezug temporärer Corona-Hilfen ermittelt.

Um bei der Analyse der verschiedenen Daten nicht Äpfel mit Birnen zu vergleichen, wurde eine Bedarfsgewichtung der Haushaltseinkommen vorgenommen. Sie berücksichtigt, dass ein Mehrpersonenhaushalt Kostenvorteile gegenüber einem Singlehaushalt hat, weil einiges – zum Beispiel der Kühlschrank und der Fernseher – gemeinsam genutzt werden kann und weil Kinder

normalerweise weniger Geld benötigen als Erwachsene.

Neben der Frage nach dem subjektiven Erleben der Krise geht es in der IW-Studie hauptsächlich um die objektiven Zahlen. Und die belegen vor allem eines:

Die Corona-Pandemie hat die Markteinkommen in Deutschland deutlich stärker getroffen als die verfügbaren Einkommen – also jene, die sowohl die Abgaben als auch sämtliche staatlichen Transfers berücksichtigen.

Das heißt: Der Regierung ist es gelungen, die finanziellen Verluste der Bürger durch eine ganze Reihe von Sozialmaßnahmen massiv abzufedern. Dazu gehören neben automatischen Stabilisatoren wie der Arbeitslosenversicherung ergänzende Hilfen, die in der Krise neu eingeführt oder erweitert wurden.

Neben der bewährten Maßnahme des Kurzarbeitergelds hat die Politik einen Steuerfreibetrag für Alleinerziehende eingeführt, einen vereinfachten Zugang zur Grundsicherung ermöglicht und im Sommer einen einmaligen Kinderbonus ausgezahlt. Außer den Geldtöpfen zur Bekämpfung

fung der Krise wirken jene Reformen der Sozialgesetzgebung unterstützend, die bereits zum Jahreswechsel von 2019 auf 2020 in Kraft traten: Der Empfängerkreis für Wohngeld wurde vergrößert, beim Kinderzuschlag gibt es mehr Leistungen.

Im subjektiven Empfinden der vom IW befragten Haushalte spielt das staatliche Bemühen aber allem Anschein nach eine untergeordnete Rolle:

Etwa ein Viertel der Befragten sieht sich in einer schlechteren finanziellen Situation als vor der Krise. Nur 5 Prozent geht es subjektiv beurteilt finanziell besser.

Allerdings zeigt der detailliertere Blick, dass es bei der Beurteilung etwaiger Verteilungswirkungen wichtig ist, nicht nur auf das individuelle Krisenschicksal zu schauen, sondern den Haushaltskontext zu betrachten. Denn wenngleich beim Erwerbseinkommen verstärkt Geringverdiener Einbußen haben, verschieben sich die Verluste bei Betrachtung von Haushaltseinkommen bereits eher in den mittleren Einkommensbereich.

Hinzu kommt, dass der Sozialstaat zugunsten der Einkommensschwachen umverteilt (Grafik):

Während die Markteinkommen der Haushalte in der Krise je Person und Monat um durchschnittlich 107 Euro gesunken sind, hat sich das verfügbare Einkommen nur um 12 Euro reduziert.

Von den Antikrisenmaßnahmen der Politik und den Änderungen in der Sozialgesetzgebung profitieren vor allem die unteren Einkommen:

Die Personen im ersten und zweiten Einkommenszehntel hatten in der Krise sogar nominal etwas mehr Geld als im Vorjahr.

Betrachtet man statt der Einkommensgruppen die Alterskohorten, kann ebenfalls Entwarnung gegeben

werden. Denn anders als von einigen befürchtet, sind jüngere Menschen nicht deutlich stärker von der Pandemie betroffen als Ältere, wenn es um die verfügbaren Einkommen geht:

Besonders groß sind die Einbußen beim verfügbaren Haushaltseinkommen der 40- bis 49-Jährigen mit minus 2,4 Prozent und bei den 50- bis 59-Jährigen mit einem Minus von rund 1,8 Prozent.

Dank der Rentenerhöhung gehen die Ruheständler tendenziell sogar

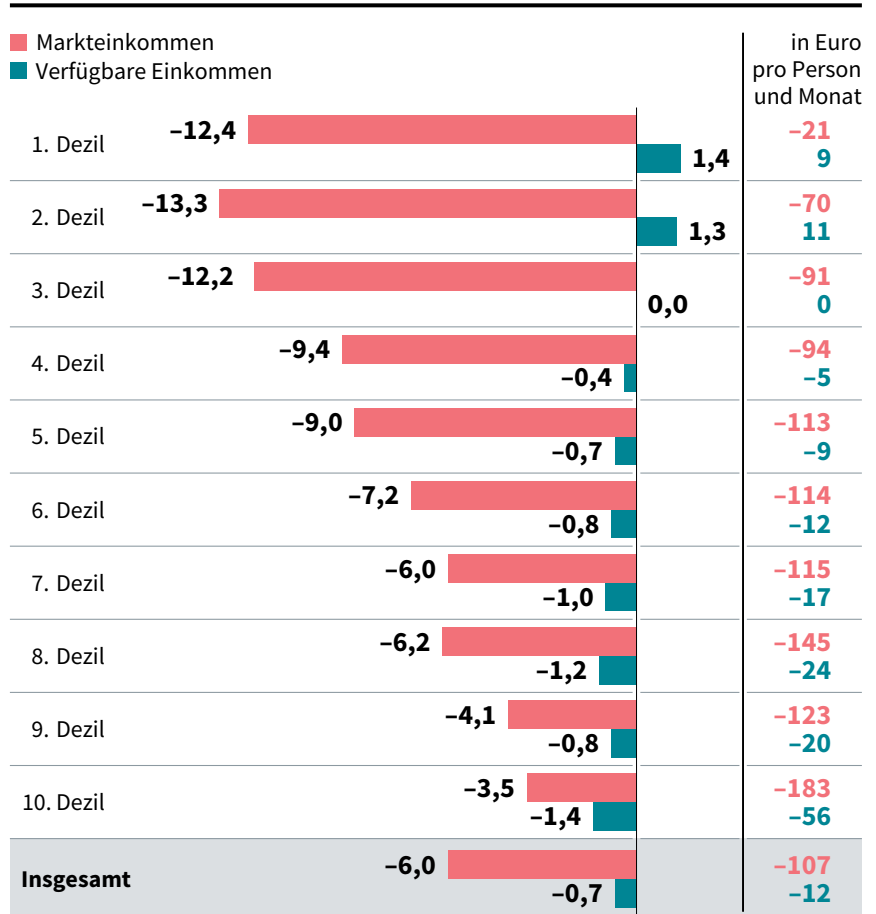
mit einem Plus durch das Krisenjahr 2020. Mit der wahrscheinlichen Nullrunde für westdeutsche Rentner im kommenden Jahr zeigen sich für sie die Auswirkungen der Krise mit Verzögerung.

Der Kinderbonus und höhere Steuerfreibeträge halfen dabei, dass Alleinerziehende zumindest in finanzieller Hinsicht ebenfalls nicht außergewöhnlich stark von der Pandemie getroffen wurden.

Fortsetzung

Sozialstaat fängt Verluste weitgehend auf

Um so viel Prozent veränderten sich die Haushaltseinkommen durch die Corona-Pandemie ohne und mit sozialstaatlicher Umverteilung

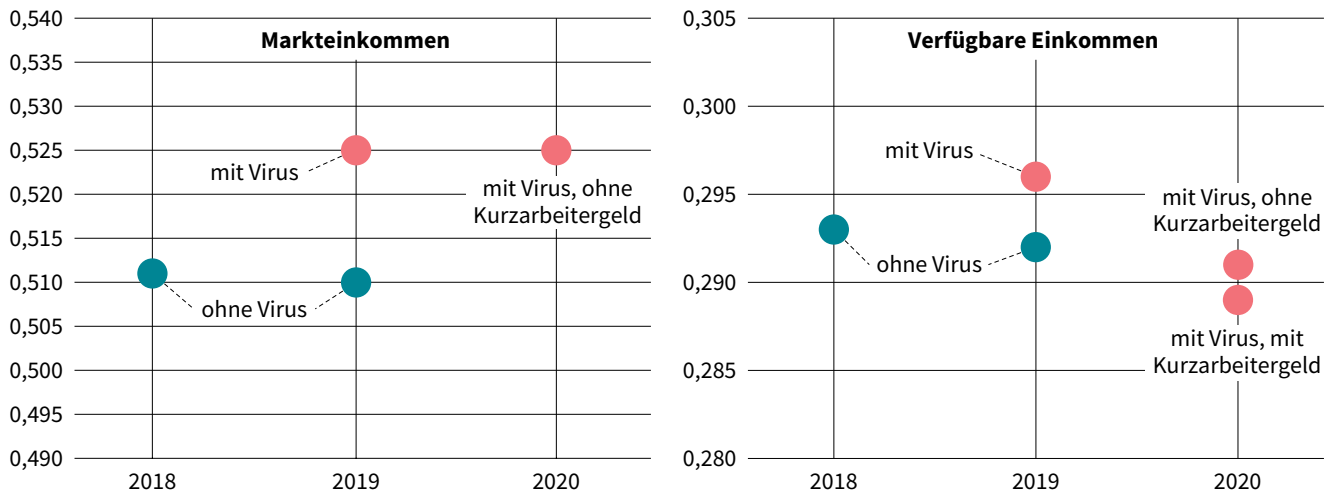


Dezile: bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen, die berücksichtigen, dass in einem Mehrpersonenhaushalt Kostenvorteile existieren, weil einiges gemeinsam genutzt oder angeschafft werden kann, und dass Kinder weniger Geld benötigen als Erwachsene
 Markteinkommen: Erwerbseinkommen aus abhängiger und selbstständiger Arbeit, Kapitaleinkommen, Nettomietvorteil bei selbst genutzter Immobilie u. Ä. (ohne gesetzliche Renten)
 Verfügbares Einkommen: inklusive staatlicher Unterstützung wie Kurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld, Grundsicherung, Kinderbonus und Kindergeld, abzüglich Steuern und Sozialabgaben
 Dezil: Einkommenszehntel gereiht vom niedrigsten bis zum höchsten Einkommen im Jahr 2019

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2020 IW Medien / iwd

Staatseingriff beeinflusst Ungleichheit

Gini-Koeffizient der bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen



2019 mit Virus: Simulation, um die Effekte der seit Januar 2020 geltenden neuen Sozialgesetzgebung auf die Nettoeinkommen zu illustrieren

Gini-Koeffizient: Maß zur Beurteilung von Ungleichheit mit Werten zwischen null und eins. Je höher er liegt, desto ungleicher ist die Verteilung.

Markteinkommen: Erwerbseinkommen aus abhängiger und selbstständiger Arbeit, Kapitaleinkommen, Nettomietvorteil bei selbst genutzter Immobilie u. Ä. (ohne gesetzliche Renten)

Verfügbares Einkommen: inklusive staatlicher Unterstützung wie Kurzarbeitergeld, Grundsicherung und Kindergeld, abzüglich Steuern und Sozialabgaben

Bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen: berücksichtigen, dass in einem Mehrpersonenhaushalt Kostenvorteile existieren, weil einiges gemeinsam genutzt oder angeschafft werden kann, und dass Kinder weniger Geld benötigen als Erwachsene

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Was nun all diese Befunde mit Blick darauf bedeuten, ob die Krise die Ungleichheit in Deutschland erhöht hat, zeigt der Gini-Koeffizient. Er nimmt Werte von null bis eins an und je höher er liegt, desto ungleicher sind die Einkommen verteilt.

Die Analyse des Gini-Koeffizienten verdeutlicht, dass sich an der Verteilung der Markteinkommen von 2018 auf 2019 – also in der Zeit vor der Krise – wenig verändert hat. Erst durch die Krise ändert sich der Befund (Grafik):

Der Gini-Koeffizient der bedarfsgewichteten Markteinkommen ist von 0,511 im Jahr 2018 auf 0,525 im Jahr 2020 gestiegen. Die Markteinkommen sind durch die Krise also ungleicher verteilt als in den Jahren zuvor.

Ganz anders lautet das Ergebnis bei den verfügbaren Einkommen – also nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben und inklusive der Sozialtransfers:

Mit einem Wert von 0,289 lag der Gini-Koeffizient für die verfügbaren Haushaltseinkommen im Jahr 2020 unter dem Wert von 2018, als er noch 0,293 betrug.

Ohne das Kurzarbeitergeld hätte er 2020 übrigens bei 0,291 gelegen – ein Beleg dafür, dass schon diese einzelne Maßnahme nachweislich die Einkommen stabilisiert hat.

Zwar sind diese Befunde allesamt statistisch betrachtet nicht signifikant, weil sich die 95-Prozent-Konfidenzintervalle der geschätzten Gini-Koeffizienten für die einzelnen Jahre überlagern. Diese Intervalle sind ein statistisches Maß für die Schätzunsicherheit. Entscheidender ist aber Folgendes: Aus den Befunden lässt sich umgekehrt eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür ableiten, dass die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen bislang nicht zugenommen hat.

Die Folgen des zweiten Lock-downs wird man freilich erst im

kommenden Jahr im Detail auswerten können. In der Summe, so ist zu hoffen, sollte Deutschland aber schon bald die Krise hinter sich gelassen haben – vorausgesetzt, die Welt bekommt die Pandemie beispielsweise dank der verfügbaren Impfstoffe in den Griff.

Und wenn die Politik in den nächsten Monaten entschlossen und besonnen agiert, Arbeitsplätze sichern kann und gleichzeitig die Möglichkeiten des sozialstaatlichen Transfersystems von den Bedürftigen in Anspruch genommen werden, dürfte sich die Ungleichheit in den verfügbaren Einkommen auch künftig nicht wesentlich erhöhen.

IW-Report 65/2020

Martin Beznoska, Judith Niehues, Maximilian Stockhausen: Stabil durch die Krise? Verteilungsfolgen der Corona-Pandemie

iwkoeln.de/verteilungsfolgen-corona

Kommentar. Die staatlichen Hilfen und das soziale Sicherungssystem haben die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie in Deutschland bislang wirksam abgefedert. Im Sinne nachhaltiger Staatsfinanzen muss die Treffsicherheit der Maßnahmen in den kommenden Monaten jedoch stärker in den Blick genommen werden, fordert **Martin Beznoska**, Co-Autor der neuen IW-Studie zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Einkommensverteilung.



Foto: IW Medien

Finanzen im Blick behalten

Um die finanziellen Folgen für private Haushalte und Unternehmen abzufedern, hat die Bundesregierung seit dem Frühjahr 2020 eine Vielzahl sozial- und finanzpolitischer Maßnahmen beschlossen. Neben dem vereinfachten Zugang zur Grundversicherung und der Stärkung des Kurzarbeitergelds wurden umfangreiche Überbrückungshilfen, Darlehen sowie vergünstigte Kredite bereitgestellt.

Außerdem wurden die Mehrwertsteuer temporär gesenkt und ein Kinderbonus ausgezahlt, um die Nachfrage zu stabilisieren. So konnten ein rasanter Anstieg der Arbeitslosigkeit und eine Welle von Unternehmensinsolvenzen fürs Erste vermieden werden.

Die Ergebnisse der Simulationsanalyse des IW zeigen, dass die Maßnahmen in Verbindung mit den bereits bestehenden Instrumenten des deutschen Sozialstaats wirksam waren:

Die Auswirkungen auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte waren zwar spürbar und in einzelnen Fällen trotz der Maßnahmen erheblich, aber über die gesamte Bevölkerung deutlich abgeschwächt

im Vergleich zu den Veränderungen der Markteinkommen. Vor allem das Kurzarbeitergeld gleicht treffsicher Einkommensverluste aus.

Gerade in jenen Branchen, die besonders unter den Auswirkungen des neuerlichen Lockdowns leiden – also beispielsweise in der Gastronomie, der Veranstaltungs- und Reisebranche – könnte der Staat jedoch nachbessern:

Da sich eine Verlängerung des Teil-Lockdowns oder sogar eine Verschärfung bis ins Jahr 2021 hinein abzeichnet und ein klares Ende nicht absehbar ist, ist die Idee einer an den Fixkosten ansetzenden Überbrückungshilfe III ein Schritt in die richtige Richtung.

Konkret: Um den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten, sollten große Fixkostenkomponenten wie Miete/Pacht, Zinsen und Versicherungsbeiträge erstattet werden – auf Nachweis und mit einem Risikoaufschlag versehen. Letzterer würde für Selbstständige wie ein Kurzarbeitergeld wirken und unverschuldet in Notgeratene Personen besser auffangen.

Und danach? Bald soll ein Impfstoff in Deutschland verfügbar sein. Somit besteht Hoffnung, dass

mittelfristig ein Ende der Einschränkungen möglich ist. Dann gilt es, die fiskalischen Defizite zurückzufahren, also beispielsweise krisenbedingte Mehrausgaben wieder zu reduzieren und temporäre steuerliche Begünstigungen zurückzunehmen.

Zudem ist es zentral, dass Deutschland möglichst schnell auf den Beschäftigungs- und Wachstumspfad von vor der Krise zurückkehrt. Die dann wieder anziehenden Steuereinnahmen könnten die Konsolidierung unterstützen.

Wenn das gelingt, sind die in der Krise aufgebauten Schulden verkraftbar und die deutsche Schuldenstandsquote kann – ohne Steuererhöhungen wohlgermerkt – erneut unter die Maastricht-Grenze von 60 Prozent fallen, die vor der Krise im Jahr 2019 erstmals wieder unterschritten wurde.

Allerdings droht von anderer Seite Gefahr: von den zu erwartenden Lasten des demografischen Wandels. Allein schon aus diesem Grund muss die Finanzpolitik im nächsten Jahrzehnt Prioritäten bei den Staatsausgaben setzen und so die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen langfristig sichern.

Wachstum – wenn Corona mitspielt

IW-Konjunkturprognose. Die zweite Corona-Welle setzt der deutschen Wirtschaft derzeit heftig zu. Doch die Zulassung von Impfstoffen macht Hoffnung auf einen kräftigen Wachstumsschub im kommenden Jahr. Das gilt auch für die Weltwirtschaft insgesamt – allerdings werden viele Volkswirtschaften zunächst in einer Winterstarre verharren.

Die Erholung der deutschen Wirtschaft wird im vierten Quartal 2020 wieder ausgebremst. Zwar dürften die Senkung der Mehrwertsteuer und zahlreiche andere konjunkturelle Unterstützungsmaßnahmen positive Impulse setzen. Dass Restaurants, Kultureinrichtungen und seit Kurzem auch viele Geschäfte erneut schließen mussten, belastet das Wirtschaftsleben aber deutlich.

Durch das Auslaufen der Mehrwertsteuersenkung, Beeinträchtigungen in der Bauwirtschaft durch fehlende Arbeitskräfte und vor allem die international angespannte Infektionslage sowie die damit verbundene Exportschwäche wird sich die Winterrezession im ersten Quartal 2021 fortsetzen.

Dieser prognostizierte Konjunkturverlauf spiegelt sich auch in den Erwartungen der gut 2.000 Unternehmen wider, die das IW im November 2020 gefragt hat, wie hoch sie ihre Produktionslücken aktuell und für 2021 im Vergleich zur Lage vor der Corona-Pandemie einschätzen:

65 Prozent der Unternehmen haben derzeit Produktionsseinbußen zu beklagen – im ersten Halbjahr 2021 wird dieser Anteil auf 73 Prozent steigen.

Im zweiten Halbjahr wird die Quote – wenn alles gut läuft – wieder auf das aktuelle Niveau sinken und für 2022 erwarten nur noch 50 Prozent der befragten Unternehmen Einschränkungen ihrer Produktion.








Das heißt: Derzeit spricht vieles dafür, dass es nach dem Winterhalbjahr zu einem kräftigen Wachstumsschub kommen kann: Mit den höheren Temperaturen nimmt die Corona-Anfälligkeit der Bevölkerung ab, die geplanten Impfungen werden das Gesundheitssystem und andere Bereiche entlasten, aufgestauter Konsum und zurückgestellte Investitionen werden nachgeholt.

All dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für seine Handelspartner, sodass das Exportgeschäft ebenfalls wieder an Fahrt gewinnen kann.

Erholung der Weltwirtschaft. Durch die zweite Corona-Welle und die damit verbundenen Einschränkungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens wird das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem Jahr aller Voraussicht nach um 4 Prozent schrumpfen. Unter der entscheidenden Annahme, dass die weltweite Impfkampagne bereits im ersten Halbjahr 2021 beginnt, dürfte die

IW-Auslandsprognose 2020 und 2021

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Euroraum	Deutschland	Frankreich	Italien	Spanien	Vereinigtes Königreich	USA	China	Welt
									
2019	1,3	0,6	1,5	0,3	2,0	1,4	2,3	6,1	2,9
2020	-7	-5 1/4	-9	-8 1/2	-11 1/2	-11	-3 1/2	2	-4
2021	5	4	6	5	5	4	4 1/2	9	4 1/2

Weltwirtschaft im kommenden Jahr aber wieder um 4 ½ Prozent zulegen.

Die Erholung wird allerdings nicht überall in gleichem Tempo verlaufen (Grafik Seite 6):

Euroraum. Weil die Euroländer von der zweiten Infektionswelle stärker getroffen worden sind als von der ersten, ist nicht damit zu rechnen, dass es zu einem schnellen Aufschwung kommt. Im Jahr 2020 wird das BIP des Euroraums voraussichtlich um 7 Prozent sinken und im nächsten Jahr um 5 Prozent steigen. Das heißt:

Der Euroraum wird erst im Laufe des Jahres 2022 zum Vorkrisenniveau zurückkehren.

Besonders steinig wird der Weg für Frankreich, Italien und Spanien, wo die Wirtschaftsleistung 2020 zwischen 9 und fast 12 Prozent einbrechen dürfte.

USA. Obwohl der Konsum, die Investitionen und der Export im zweiten Quartal zweistellige Minusraten verzeichneten, zeichnet sich dank des historisch größten Konjunkturpakets bereits seit Juni eine Erholung der US-Wirtschaft ab. Wenn die neue Regierung unter Joe Biden wie versprochen entschlossene Schritte zur Eindämmung der Pandemie einleitet, ist davon auszugehen, dass die USA das Vorkrisenniveau ihrer Wirtschaftsleistung gegen Ende 2021 erreichen werden.

China. Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt hat das Vorkrisenniveau bereits im zweiten Quartal dieses Jahres erreicht und ist auch im dritten Quartal gewachsen. Dank niedriger Infektionszahlen und einer flächendeckenden Teststrategie dürfte sich dieser Trend fortsetzen, sodass Chinas BIP 2020 insgesamt um 2 Prozent zulegen wird – im kommenden Jahr dürften sogar 9 Prozent drin sein.

Mit solchen Wachstumsraten kann Deutschland zwar nicht aufwarten, doch wenn sich die Weltwirtschaft wie erhofft belebt, dürfte dies der hiesigen Exportkonjunktur neuen Schwung verleihen. Nachdem die deutschen Ausfuhren 2020 voraussichtlich um 11 Prozent unter dem Vorjahresniveau liegen werden, ist im kommenden Jahr wieder ein Plus von 7 Prozent drin.

Dieser außenwirtschaftliche Schub trägt dazu bei, dass die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke bis zum Jahresende 2021 wieder geschlossen werden kann (Grafik):

Nach dem Rückgang um 5 ¼ Prozent in diesem Jahr wird das reale Bruttoinlandsprodukt 2021 um 4 Prozent zulegen.

Weitere Ergebnisse der IW-Konjunkturprognose im Einzelnen:

Konsum. Im laufenden Jahr wird der private Konsum aufgrund der eingeschränkten Einkaufsmöglichkeiten und der Zurückhaltung der Verbraucher um 6 Prozent

IW-Prognose für Deutschland 2020 und 2021

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2019	2020	2021
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	0,9	-1	0
Arbeitslosenquote	5,0	6	6
Arbeitsvolumen	0,6	-4 ¼	2 ¾
Produktivität	0,0	-1	1 ¼
Bruttoinlandsprodukt	0,6	-5 ¼	4
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	1,6	-6	4
Konsumausgaben des Staates	2,7	4	2 ½
Anlageinvestitionen	2,5	-4	2 ¾
– Ausrüstungen	0,5	-14	7
– Sonstige Anlagen	2,7	-1	3
– Bauten	3,8	1 ½	¼
Inlandsnachfrage	1,2	-3 ¾	4
Export	1,0	-11	7
Import	2,6	-8 ½	7
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	1,4	½	1 ¼
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	1,5	-6 ¼	-4 ¼

Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen;
Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde;
Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

zurückgehen. Für 2021 ist – auch dank des Nachholbedarfs – ein Plus von 4 Prozent zu erwarten.

Investitionen. Der starke Abschwung hat vor allem die Investitionen in neue Maschinen und Produktionsanlagen getroffen – hier steht 2020 ein Minus von 14 Prozent in den Büchern. Angesichts der global besseren Stimmung sollten die Ausrüstungsinvestitionen 2021 aber wieder um 7 Prozent zulegen. Bei den gesamten Anlageinvestitionen ist ein Plus von 2 ¾ Prozent zu erwarten.

Arbeitsmarkt. Die Corona-Pandemie hat in Deutschland zu einem deutlichen Rückgang der Arbeitskräftenachfrage geführt. Dies wurde zwar mit einer Verkürzung der Arbeitszeit teilweise aufgefangen, dennoch wird die Erwerbstätigkeit 2020 um 1 Prozent zurückgehen und im kommenden Jahr nahezu stagnieren. Auch die Arbeitslosigkeit sollte vorerst auf dem 2020er Niveau von knapp 6 Prozent verharren.

Aus IW-Trends 4/2020

IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur:
Aufschwung nach der Winterstarre – IW-Konjunkturprognose Dezember 2020

iwkoeln.de/konjunktur_dezember2020

Ist noch was drin?

Tarifpolitik. Mitten in der Corona-Pandemie stehen in der Metall- und Elektro-Industrie Tarifverhandlungen an. Während die Gewerkschaft IG Metall unter anderem 4 Prozent mehr Geld für die Beschäftigten fordert, sehen die Arbeitgeber keinerlei Verteilungsspielraum und wollen sich stattdessen auf die Beschäftigungssicherung konzentrieren.

Die aktuelle Tarifrunde in der Metall- und Elektro-Industrie steht unter besonderen Vorzeichen, denn aufgrund der Corona-Pandemie liegt ein turbulentes Jahr hinter der

Branche. Und schnelle Besserung ist nicht in Sicht: Auch in den kommenden Monaten und Jahren werden die Folgen der Krise noch zu spüren sein.

Die entscheidende Frage, die Gewerkschaft und Arbeitgeberverbände nun klären müssen, lautet: Was ist in dieser Gemengelage tarifpolitisch möglich und was langfristig vielleicht sogar schädlich?

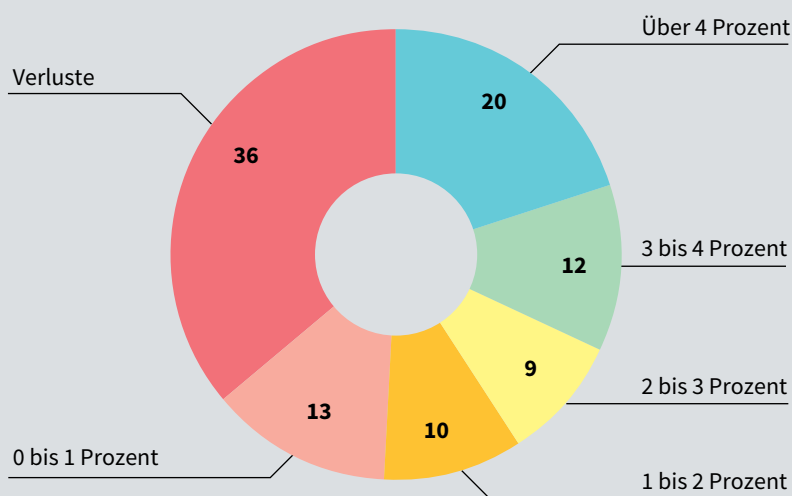
Die IG Metall hat sich für die Tarifrunde zwei Themen auf die Agenda geschrieben. Zum einen will die Gewerkschaft die Beschäftigung in der Branche sichern, sowohl kurzfristig als auch mit Blick auf die Herausforderungen der Zukunft. Zum anderen fordert die IG Metall ein Erhöhungsvolumen von 4 Prozent für die mehr als 3,8 Millionen Beschäftigten.

In Betrieben, denen es aufgrund der Corona-Krise schlecht geht, soll die Erhöhung zum Ausgleich von Einkommensverlusten genutzt werden – zum Beispiel, wenn die Beschäftigten wegen schwieriger Auftragslage nicht voll arbeiten können.

In den Reihen der Arbeitgeber stößt die Forderung nach mehr Geld auf Unverständnis, denn aufgrund der Corona-Krise ist die finanzielle Situation in vielen Betrieben angespannt (Grafik):

Jeder dritte M+E-Betrieb schreibt Verluste

So viel Prozent der M+E-Unternehmen in Deutschland rechnen für 2020 mit dieser Nettoerlöse



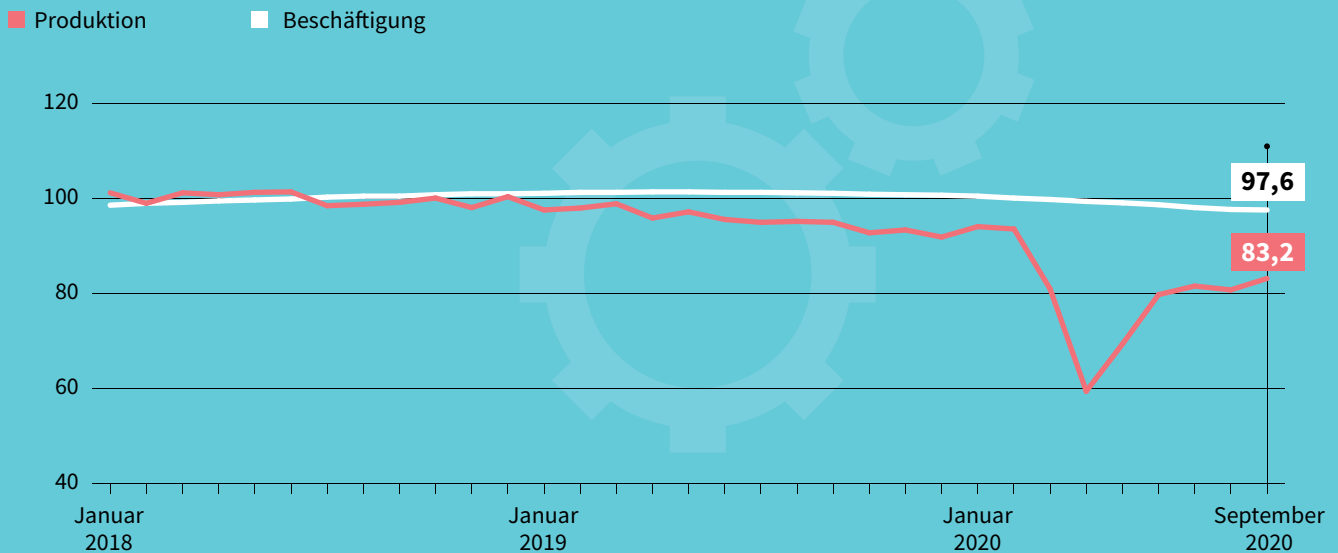
Befragung von 1.021 M+E-Unternehmen im September 2020

Quelle: ifo Institut
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

M+E-Beschäftigung: Trotz Produktionseinbruch relativ stabil

Produktion und Beschäftigung in der Metall- und Elektro-Industrie, 2018 = 100



Quellen: Gesamtmetall, Statistisches Bundesamt
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Laut einer Befragung des ifo Instituts rechnete im September mehr als ein Drittel der M+E-Unternehmen mit einem Verlust für das Jahr 2020.

Das Umfrageergebnis ist keine Überraschung: Im dritten Quartal 2020 lag die Produktion der Metall- und Elektro-Industrie um mehr als 20 Prozent unter dem Stand von 2018, als die Kapazitäten voll ausgelastet waren. Für das gesamte Jahr 2020 rechnet die Branche mit einem Rückgang der Produktion um bis zu 17 Prozent gegenüber 2019.

Trotz der gesunkenen Auslastung halten die meisten Betriebe so gut es geht an ihren Mitarbeitern fest (Grafik):

Seit Beginn der Corona-Pandemie haben lediglich rund 2 Prozent der M+E-Beschäftigten ihren Job verloren, obwohl die Unternehmen seit dem Lockdown im März

mit einer tiefen Rezession zu kämpfen haben.

Ein wichtiger Faktor für die Betriebe war das Kurzarbeitergeld. In der Spitze erhielten 1,5 Millionen Beschäftigte der Metall- und Elektro-Industrie die staatliche Unterstützung. Zum Vergleich: Während der Finanzkrise 2009 waren es nur 950.000.

Um die Arbeitsplätze zu sichern, sehen die Arbeitgeber den Erfolg am Markt als entscheidend an. Neben sehr guten Produkten und erstklassigem Service ist ein wettbewerbsfähiger Preis der ausschlaggebende Faktor, um im internationalen Konkurrenzkampf zu bestehen. Höhere Entgelte und ein teilweiser Lohnausgleich würden aber die Arbeitskosten erhöhen – und somit Arbeitsplätze gefährden.

Außerdem müssen die Tarifpartner auch darüber reden, wie sich

Arbeitsplätze für die Zukunft sichern lassen. So spricht sich die IG Metall für sogenannte betriebliche Zukunftstarifverträge aus. Darin sollen zum Beispiel konkrete Investitionen und Produkte sowie Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung in den einzelnen Betrieben festgeschrieben werden.

Die Arbeitgeber gehen zwar davon aus, dass der Strukturwandel manche Tätigkeiten überflüssig macht und andere verändert, aber ein erfolgreicher Wandel würde auch bedeuten, dass neue Arbeitsplätze entstehen. Dafür müssten die Weichen richtig gestellt werden. Die Arbeitgeber nehmen dabei die Gewerkschaft und die Arbeitnehmer in die Pflicht. Alle müssten ihren Beitrag leisten, damit die Metall- und Elektro-Industrie für die kommenden Jahre und Jahrzehnte gut aufgestellt ist.

Starkes Ruhrgebiet

Energiewende. Deutschland will den Aufbau einer heimischen Wasserstoff-industrie vorantreiben und so auch im internationalen Wettbewerb mithalten. In einigen Regionen der Bundesrepublik gibt es bereits gute Ausgangsbedingungen für den Markthochlauf von klimaneutral erzeugtem Wasserstoff, wie das Wasserstoffranking der IW Consult zeigt.

Wasserstoff gilt als zentraler Baustein für ein klimafreundliches Energiesystem. Dies haben viele Länder längst erkannt, denn der globale Wettbewerb um das „grüne Gold“ ist in vollem Gange. Unternehmen aus Kanada, Australien oder

Schweden bauen bereits große Kapazitäten auf – und gehen dabei auch Kooperationen mit deutschen Industrieunternehmen ein. Denn auch hierzulande schreitet die Technologieentwicklung voran. Mit der Nationalen Wasserstoffstrategie

hat die Bundesregierung im Juni 2020 erstmals einen Handlungsrahmen geschaffen, damit sich die junge Wirtschaftsbranche im Land etablieren kann.

Die Bedingungen dafür sind in einigen Regionen bereits sehr gut. Dies zeigt eine neue Studie der IW Consult, die neun Metropolregionen unter anderem auf ihre Unternehmens- und Forschungslandschaft, Kooperationsfähigkeit und das vorhandene Expertenwissen untersucht hat.

Das größte Potenzial für grünen Wasserstoff gibt es ausgerechnet in der Region, deren Landschaft über Jahrzehnte von rauchenden Schloten geprägt war (Grafik):

Die Metropolregion Ruhr landet im Wasserstoffranking auf dem ersten Platz – vor Stuttgart und München.

Gerade durch die lange Industriegeschichte ist in der Region das größte industrielle Know-how verortet. Die Unternehmen haben zudem viel Erfahrung mit strukturellem Wandel. So herrscht im Ruhrgebiet die zweithöchste Dichte an wasserstoffaffinen Unternehmen.

Wasserstoffranking: Metropolregion Ruhr liegt vorn

Das Wasserstoffranking der IW Consult bewertet und vergleicht die Wasserstoff-Ökosysteme in neun Metropolregionen, schwächste Region = 100

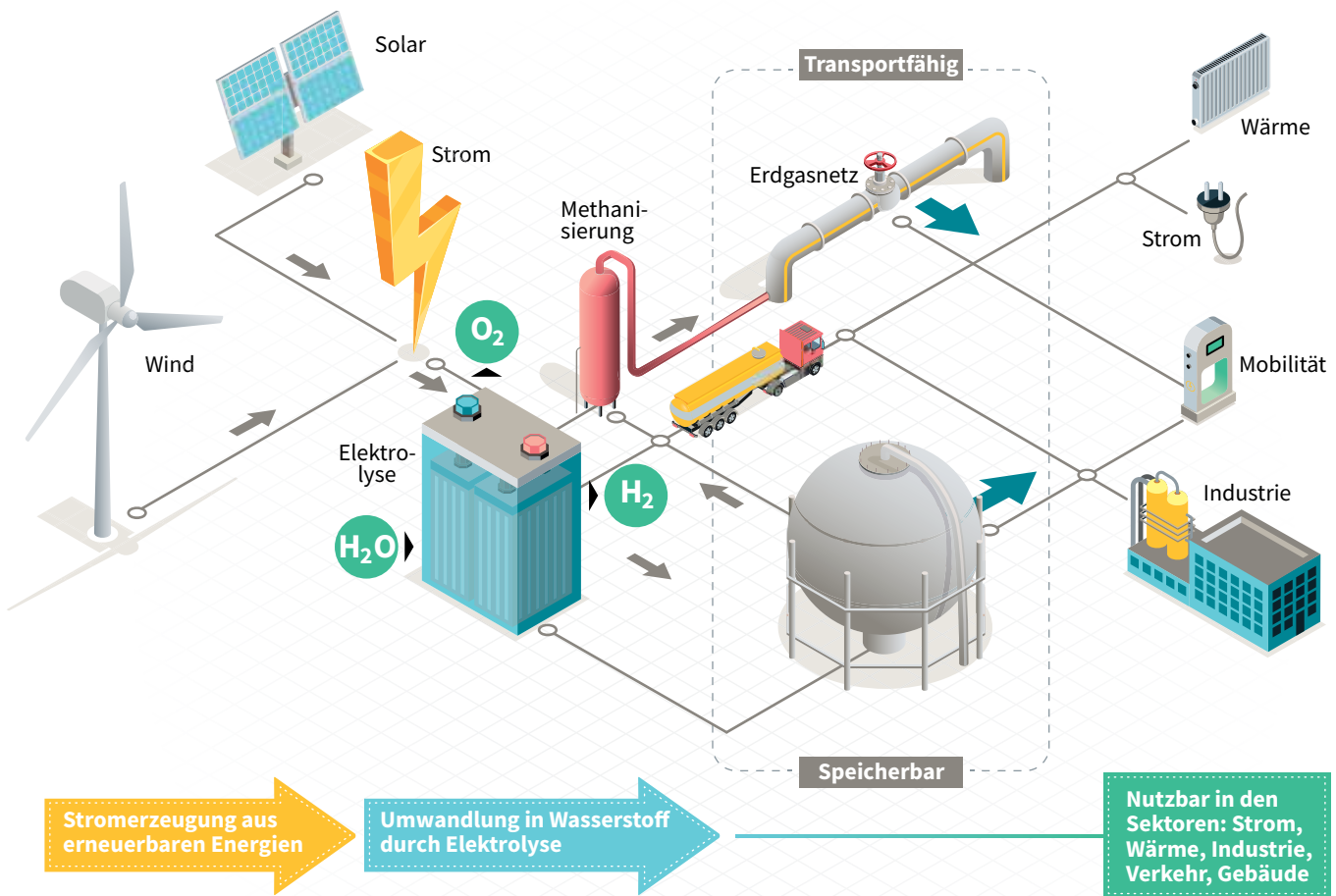
Metropolregion	Gesamtpunktzahl
Ruhr	141
Stuttgart	130
München	115
Hamburg	114
Mitteldeutschland	113
Rhein-Neckar	109
Frankfurt/Rhein-Main	108
Rheinland	108
Berlin/Brandenburg	100

Bewertung: anhand von elf Einzelindikatoren, die unter anderem die Unternehmens- und Forschungslandschaft, die Vernetzung und Kooperationsneigung der Akteure sowie eine qualitative Beurteilung durch Mitglieder des Nationalen Wasserstoffrats umfassen
Mitteldeutschland: benachbarte Regionen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

Quelle: IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Gewinnung und Nutzung von grünem Wasserstoff



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Zudem sind die Unternehmen im Wasserstoffsektor stark in Forschungsprojekte eingebunden. Insgesamt ist das Ruhrgebiet international sehr gut vernetzt: Deutlich mehr als ein Drittel der Partner in Forschungs- und Entwicklungsprojekten stammt aus dem Ausland. Dies ist insofern bemerkenswert, als die Region gemessen an der reinen Zahl der Partnerschaften in Forschungs- und Entwicklungsprojekten eher zum Mittelfeld gehört.

Auch gibt es im bundesweiten Vergleich keine andere Region, wo die Wasserstoffinfrastruktur bereits so gut ausgebaut ist.

Damit hat das Ruhrgebiet in der Gesamtbetrachtung die besten

Voraussetzungen, um eine zentrale Rolle beim Wandel zur Wasserstoffwirtschaft einzunehmen.

Doch auch andere Regionen können im Ranking punkten. So finden im Süden die meisten Markteintritte von Unternehmen im Wasserstoffsektor statt. In Stuttgart wirkt sich die enge Vernetzung zwischen der Unternehmens- und der Forschungslandschaft vorteilhaft aus: So sind in der Region die meisten Unternehmen in wasserstoffaffine Forschungs- und Entwicklungsprojekte eingebunden. Dies könnte auch an dem hohen regionalen Transformationsdruck der Automobilindustrie liegen, die im Süden Deutschlands beheimatet ist.

Im Bereich der Hochschulforschung schneidet dagegen eine andere Region überdurchschnittlich gut ab: Bezogen auf die Einwohnerzahl gibt es in Mitteldeutschland – dazu zählen Teile von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – die höchste Dichte an wissenschaftlichen Einrichtungen, die sich mit Wasserstofftechnologien beschäftigen. Dahinter folgt Berlin/Brandenburg – jene Region, die im Gesamtranking auf dem letzten Platz landet.

IW-Studie

Hanno Kempermann, Johannes Ewald, Vanessa Hünemeyer: Wasserstoffranking: Wo steht das Ruhrgebiet im Metropolvergleich? iwkoeln.de/wasserstoffranking

Investitionen oft nur Papiertiger

Staatsfinanzen. Mit den beiden Nachtragshaushalten werden die Investitionen des Bundes im Jahr 2020 deutlich steigen. Ein großer Teil der zusätzlichen Ausgaben dürfte jedoch das Wachstum kaum ankurbeln – die zukunftswirksamen inländischen Bau- und Sachinvestitionen werden vernachlässigt.

Marode Autobahnen und Brücken, der nur langsam voranschreitende Breitbandausbau und ein überlastetes Schienenverkehrsnetz: Der Zustand der öffentlichen Infrastruktur in Deutschland ist ein viel diskutiertes Thema. Institutionen wie das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sprechen sich deshalb bereits seit Jahren für eine deutliche Erhöhung der staatlichen Investitionen aus.

Zwar sind die Investitionsausgaben auf Bundesebene zwischen 2014 und 2019 tatsächlich um insgesamt rund 9 Milliarden Euro auf 38,1 Milliarden Euro gestiegen. Und mit Mehrausgaben in Höhe von etwa 33 Milliarden Euro will der Bund bis zum Ende des laufenden Jahres die Investitionen im Vergleich zu 2019 um gut 87 Prozent erhöhen.

Enthalten sind darin allerdings bereits die geplanten investiven Ausgaben aus beiden nachträglichen Erhöhungen des Bundeshaushalts für dieses Jahr. So finanziert der zweite Nachtragshaushalt vor allem jenes Konjunkturpaket aus dem Juni, mit dem die Bundesregierung die Folgen der Corona-Krise abfedern will. Das Paket enthält unter anderem sogenannte Zukunftsausgaben in Höhe von 50 Milliarden Euro – diese erstrecken sich allerdings über mehrere Jahre, schon in der Haushaltsplanung für 2021 sind die Sondereffekte deswegen wieder abgeschwächt.

Betrachtet man die Investitionspläne des Bundes genauer, zeigt sich zudem: Ein großer Teil davon setzt sich aus finanziellen Beteiligungen und Darlehen zusammen, die kaum

wachstumswirksam sein dürften. Damit kommen viele wichtige Investitionen zu kurz (Grafik):

Der Anteil der inländischen Bau- und Sachinvestitionen an allen für 2020 geplanten Investitionsausgaben beträgt lediglich 55 Prozent.

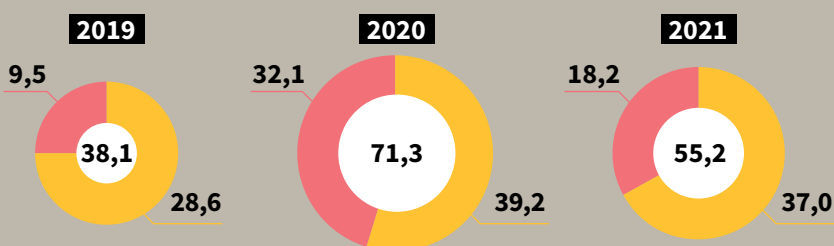
Das auf den ersten Blick beachtliche Plus bei den Investitionen des Bundes schrumpft so auf ein Drittel der ursprünglichen Summe zusammen. Zwar fließen im Rahmen des Konjunkturpakets bis zum Jahresende noch zusätzliche 26,2 Milliarden Euro in den als Sondervermögen ausgewiesenen Energie- und Klimafonds (EKF) des Staates, allerdings sind auch hier Abstriche zu machen: So sind allein 11 Milliarden Euro davon als Zuschüsse zur Entlastung beim Strompreis eingepplant.

Weitere Anteile des EKF könnten aber für wachstumswirksame Investitionen verwendet werden, beispielsweise zur Weiterentwicklung der Elektromobilität. Der Fonds ist somit grundsätzlich ein Erfolg versprechender Ansatz, um Investitionen auch längerfristig zu erhöhen. Wie effektiv dessen Umsetzung ist, bleibt aber abzuwarten. Derzeit sind die öffentlichen Investitionen des Bundes noch ohne zukunftswirksame Kraft.

Viele Investitionen kraftlos

Investitionsausgaben des Bundes in Milliarden Euro

■ Inländische Bau- und Sachinvestitionen ■ Finanzielle Beteiligungen und Darlehen ■ Insgesamt



2020, 2021: geplante Ausgaben; inländische Bau- und Sachinvestitionen: einschließlich Investitionszuweisungen an den öffentlichen Bereich und Zuschüsse für Investitionen im Inland; finanzielle Beteiligungen und Darlehen: einschließlich Inanspruchnahme aus Gewährleistungen und Zuschüsse für Investitionen im Ausland

Quelle: Bundesministerium der Finanzen
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 113/2020

Markos Jung, Thomas Obst: Kein Wumms bei öffentlichen Investitionen
iwkoeln.de/Staatsinvestitionen

Gutes Geld und reichlich Abwechslung

Zeitarbeit. Ist die Zeitarbeit ein sinnvolles Instrument oder entpuppt sie sich mitunter als Falle? Die IW-Zeitarbeiterbefragung gibt Einblicke, was die Beschäftigten selbst von einem Job in der Arbeitnehmerüberlassung und ihrem Betrieb erwarten.

Für sechs von zehn Beschäftigten in der Zeitarbeit gibt es einen ganz simplen Grund, bei ihrem aktuellen Zeitarbeitsunternehmen anzuheuern: Sie wollen die Arbeitslosigkeit beenden oder vermeiden. Dies gilt zwar vor allem für Menschen ohne Berufsausbildung (64 Prozent), aber auch jede zweite akademisch qualifizierte Zeitarbeitskraft vertraut auf die arbeitsmarktpolitische Brückenfunktion. Das ist eine der Kernbotschaften der rund 5.700 befragten Beschäftigten der IW-Zeitarbeiterbefragung 2019.

Doch es gibt noch weitere Gründe, bei einem Zeitarbeitsunternehmen

anzuheuern: Ein Viertel der Befragten will sich durch den Job in der Arbeitnehmerüberlassung beruflich neu orientieren oder durch die Einsätze in den Kundenbetrieben das eigene Profil schärfen. Jeweils gut jeder Siebte unterschrieb seinen Arbeitsvertrag, weil er die Arbeitsbedingungen attraktiv fand oder ihn die Aussicht auf wechselnde Tätigkeiten reizte.

Sehr wichtig sind vielen Zeitarbeitskräften auch die Vergütung sowie der persönliche Umgang (Grafik):

Grundsätzlich erwarten sechs von zehn Zeitarbeitskräften von ihrem aktuellen Arbeitgeber, dass

sie gut bezahlt und respektvoll behandelt werden.

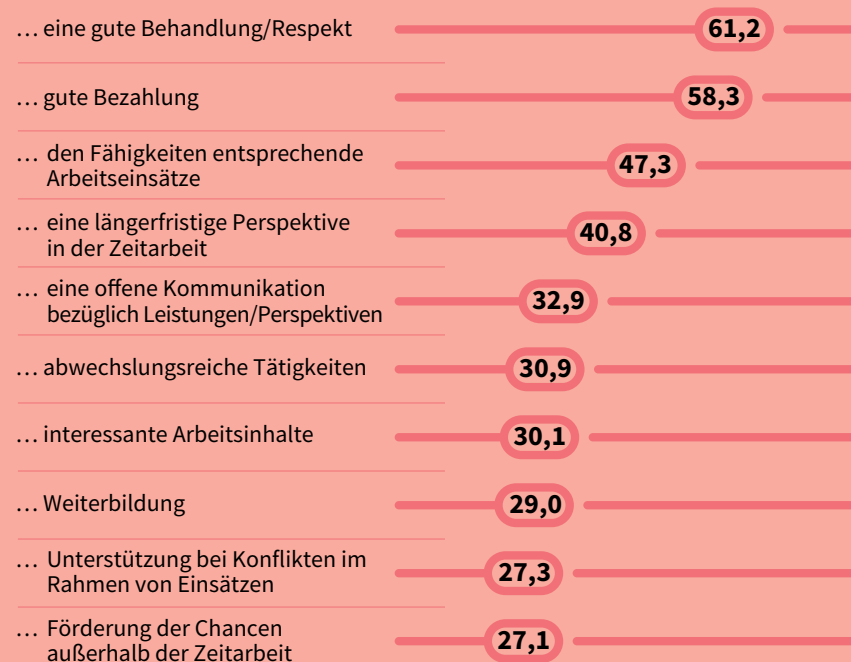
Diese beiden Punkte sind besonders jenen wichtig, die mithilfe der Zeitarbeit der Arbeitslosigkeit entfliehen oder eine drohende Arbeitslosigkeit abwenden wollten. Eine gute Bezahlung steht auch bei jenen Befragten hoch im Kurs, die sich wegen attraktiver Arbeitsbedingungen für die Zeitarbeit entschieden haben.

Rund vier von zehn Zeitarbeitskräften erwarten von ihrem Zeitarbeitsunternehmen außerdem, dass es ihnen eine dauerhafte Beschäftigungsperspektive gibt. Darunter sind zwar besonders häufig Personen, die über die Zeitarbeit den Weg zurück in Lohn und Brot gefunden haben, aber auch jene, die von attraktiven Arbeitsbedingungen angelockt wurden. Wenig überraschend: Vor allem diejenigen erwarten eine längerfristige Perspektive, die ihrem Unternehmen schon mehr als 18 Monate verbunden sind.

Und was sorgt für Unzufriedenheit? Den stärksten negativen Effekt auf die Entwicklung der Arbeitszufriedenheit im Jahr 2018 hatte eine ungewollte Abmeldung: Rund ein Drittel der Beschäftigten gab an, von einem Einsatz abgemeldet worden zu sein, obwohl sie diesen gerne fortgesetzt hätten. In vielen Fällen wurde den Betroffenen das Erreichen der Höchstüberlassungsdauer als Grund genannt.

Was Zeitarbeiter erwarten

So viel Prozent der Zeitarbeitskräfte erwarten, dass ihre Zeitarbeitsfirma ... bietet



Befragung von 5.642 Zeitarbeitern zwischen September 2018 und März 2019

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

IW-Report Nr. 57/2020

Holger Schäfer, Thomas Schleiermacher,
Oliver Stettes: IW-Zeitarbeiterbefragung 2019
iwkoeln.de/zeitarbeit

Ein Elefant namens RCEP

***Freihandel.** Die führenden Länder Ostasiens und des Pazifikraums haben vor wenigen Wochen das weltgrößte Handelsabkommen geschlossen. Auch China ist mit von der Partie und macht sich so unabhängiger von seinen Handelspartnern im Westen.*

Als Mitte November 2020 in der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi das größte Freihandelsabkommen der Welt unterzeichnet wurde, waren selbst viele Ökonomen überrascht: Sie hatten schlicht nicht damit gerechnet, dass sich die 15 beteiligten Länder nach acht Jahren Verhandlungszeit mitten in der Pandemie auf einen 500-seitigen Vertragstext einigen würden, der den etwas sperrigen Namen „Regional Comprehensive Economic Partnership“, kurz RCEP, trägt.

Neben China gehören die zehn südostasiatischen ASEAN-Staaten Indonesien, Vietnam, Thailand, Philippinen, Singapur, Brunei, Malaysia, Laos, Myanmar und Kambodscha sowie Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea zu den Unterzeichnern.

Ursprünglich war auch Indien mit von der Partie, doch Premier Narendra Modi ist 2019 aus den Verhandlungen ausgestiegen. Er befürchtete, dass sein Land mit Billigprodukten aus China überschwemmt werden könnte und die vielen Millionen indischen Kleinhändler um ihre Existenz bangen müssten.

Doch selbst ohne Indien bilden die übrigen 15 Länder einen großen Teil der globalen Bevölkerung und Wirtschaftsleistung ab (Grafik):

Die in den RCEP-Ländern lebenden 2,2 Milliarden Menschen erwirtschaften jährlich fast 26 Billionen Dollar, das entspricht annähernd 30 Prozent des weltweiten nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Damit ist das neue asiatisch-pazifische Freihandelsabkommen schon heute das größte der Welt. Und es dürfte weiter an Bedeutung zulegen: Der Internationale Währungsfonds geht davon aus, dass sich der Anteil der 15 RCEP-Mitgliedsländer an der globalen Wirtschaftsleistung bis zum Jahr 2024 um 3 Prozentpunkte auf rund 33 Prozent erhöhen wird.

Auch aus politischer Perspektive ist das neue Handelsabkommen von Interesse. China ist zum ersten Mal einem plurilateralen Freihandelsabkommen beigetreten. Außerdem ist es das erste Abkommen, das Peking mit Japan und Südkorea eingeht, den beiden anderen großen Volkswirtschaften der Region.

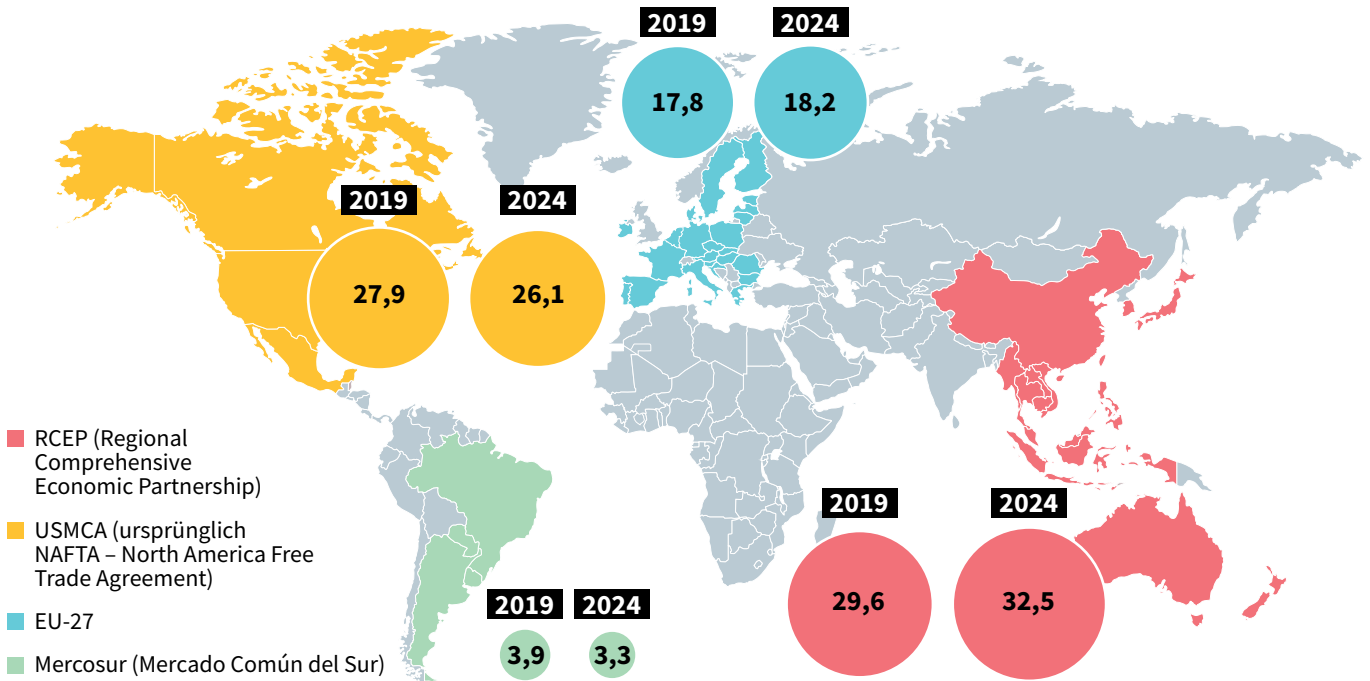
Zusammen mit Australien und Neuseeland sind insgesamt vier Länder dem Abkommen beigetreten, die politisch mit den USA eng verbunden sind.

Aus ökonomischer Sicht sollte das RCEP-Abkommen allerdings nicht überbewertet werden. Zwar werden innerhalb von 20 Jahren die Zölle für fast 90 Prozent der Güter wegfallen, doch Freihandelsverträge der EU zielen üblicherweise auf eine 99-prozentige Zollverringerung ab. Zudem bleiben in dem neuen Freihandelsvertrag viele Handelsbarrieren für die Landwirtschaft und den Dienstleistungssektor weitgehend bestehen – so hat beispielsweise Japan darauf bestanden, dass politisch sensible Agrarprodukte wie Reis, Rind- und Schweinefleisch, Milchprodukte, Zucker und Getreide sowie Fischereierzeugnisse weiterhin mit hohen Einfuhrzöllen belegt werden; auch Umwelt-, Arbeits- und Menschenrechtsstandards kommen im Vertragswerk kaum vor.

Vor allem die Harmonisierung der Ursprungsregeln, die bestimmen, für welche Waren die Zollvor- teile eines Handelsabkommens

Die Macht des Warenhandels

Anteil ausgewählter Freihandelszonen am weltweiten nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent



2024: Prognose

Quellen: Internationaler Währungsfonds, Statista
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

gelten, dürfte den Warenaustausch unter den 15 Vertragspartnern erheblich erleichtern und die regionalen Wertschöpfungsketten stärken. Gleichzeitig werden die RCEP-Länder nicht mehr in so hohem Maße darauf angewiesen sein, Güter nach Europa oder in die USA zu exportieren – deren Handelsanteil in der Region dürfte leicht zurückgehen.

Durch die Corona-Krise ist das Handelsvolumen zwischen China und der Europäischen Union in den ersten sechs Monaten dieses Jahres

ohnein bereits um 2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesunken, der Warenverkehr mit den USA schrumpfte aufgrund des Handelskonflikts sogar um mehr als 6 Prozent. Der Handel zwischen China und den ASEAN-Staaten stieg dagegen im ersten Halbjahr um mehr als 5 Prozent auf knapp 300 Milliarden Dollar. Damit ist nicht mehr die EU, sondern der ASEAN-Staatenbund der wichtigste Handelspartner der Volksrepublik.

Unklar ist bislang, wann das neue Vertragswerk in Kraft tritt. Geplant

ist, dass das größte Freihandelsabkommen der Welt im kommenden Jahr von den Mitgliedsländern ratifiziert werden soll. Es könnte dann Anfang 2022 in Kraft treten. Die Europäische Union hat bereits bilaterale Handelsabkommen mit den ASEAN-Staaten Singapur und Vietnam, außerdem mit Japan und Südkorea; und sie verhandelt noch mit Australien und Neuseeland. Darüber hinaus sollte sie baldmöglichst zumindest ein einfaches Handelsabkommen mit ASEAN insgesamt schließen.

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland · **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise vierwöchentlich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.

Zahl der Woche

Milliarden Euro

setzten die 887 deutschen Kinobetriebe mit ihren 1.191 Niederlassungen im Jahr 2018 um. Die Lichtspielhäuser gehören zu den von der Corona-Pandemie besonders betroffenen Unternehmen. Im ersten Halbjahr 2020 wurden laut Filmförderungsanstalt 25,9 Millionen Kinotickets verkauft, das waren fast 52 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Dass der Rückgang nicht noch stärker ausfiel, lag an der Renaissance der Autokinos: Im ersten Halbjahr 2019 gab es bundesweit nur 20 Autokinos, die innerhalb dieses Zeitraums 110.000 Tickets verkauften – im Frühsommer 2020 öffneten 458 Autokinos ihre Pforten und es wurden insgesamt annähernd 1,5 Millionen Tickets abgesetzt. Während die Autokinos auch in der Zeit des Shutdowns in einigen Bundesländern ihren Betrieb offen halten dürfen, müssen die normalen Kinokinosäle – quer durch die Bundesrepublik gibt es knapp 5.000 Leinwände – seit November geschlossen bleiben. Diese Maßnahme trifft fast 25.000 Beschäftigte, darunter auch die 1.000 Kinoinhaber, die weiterhin für Miete, Versicherungen und andere laufende Kosten aufkommen müssen. Im Schnitt geht jeder Bundesbürger 1,4-mal pro Jahr ins Kino, im Jahr 2019 kostete eine Kinokarte durchschnittlich 8,63 Euro.

Top-Liste: Digitales Deutschland

Die Corona-Pandemie hat Deutschland einen Digitalisierungsschub beschert, aber auch die diesbezüglichen Defizite offengelegt. Wo genau die deutsche Wirtschaft steht, zeigt der neue Digitalisierungsindex, der vom IW und der IW Consult mitentwickelt wurde und ab jetzt jährlich erscheinen wird. Demnach sind neben der Informations- und Kommunikationsbranche auch der Fahrzeugbau sowie die Branchen Elektrotechnik und Maschinenbau überdurchschnittlich stark digitalisiert. Dazu tragen vor allem die Forschungs- und Innovationsaktivitäten sowie jene Maßnahmen wie beispielsweise Weiterbildungen bei, mit denen die Unternehmen ihre Beschäftigten für die Digitalisierung machen.



Mehr zum Digitalisierungsindex lesen Sie auf [iwd.de](https://www.iwd.de).

Digitalisierungsindex: Das Branchen-Ranking

Der Index misst die Digitalisierung der deutschen Wirtschaft auf der unternehmensinternen und -externen Ebene anhand von insgesamt 37 Indikatoren in zehn Kategorien, Durchschnitt aller Branchen im Jahr 2020 = 100

Informations- und Kommunikationstechnologie	273,0
Fahrzeugbau	193,0
Elektrotechnik und Maschinenbau	144,3
Unternehmensnahe Dienstleister	135,0
Grundstoffe, Chemie und Pharma	99,4
Verkehr und Logistik	75,3
Handel	74,9
Sonstiges Verarbeitendes Gewerbe	66,7
Tourismus	64,4
Sonstiges Produzierendes Gewerbe	55,6

Sonstiges Verarbeitendes Gewerbe: u. a. Herstellung von Textilien
Sonstiges Produzierendes Gewerbe: u. a. Baugewerbe

Quellen: Forschungsinstitut für Rationalisierung an der RWTH Aachen, ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Institut der deutschen Wirtschaft, IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd